Sabine Plonz

Zukunft der Arbeit

Kritik der Politischen Ökonomie und feministische Ethik

Arbeit ist „conditio humana" und eine Schlüsselkategorie unserer Wirtschaftsgesellschaft. Trotzdem ist heute Vollbeschäftigung „kein Politikziel mehr". Frauen leben in dieser Gesellschaft und brauchen bessere Lebenschancen. Sabine Plonz zeigt auf, daß die feministisch-ethische Debatte um die Zukunft der Arbeit komplexer als bisher geführt werden muß. Konzepte, die eine „Durchökonomisierung der Lebenswelt" oder eine „völlige Ethisierung" aufweisen, reichen nicht aus. Im Ringen um politikfähige Ansätze regt sie eine neue Auseinandersetzung mit Hannah Arendt an.

Mit der Behauptung „Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus" ist in den letzten 25 Jahren manche Diskussion um Massenarbeitslosigkeit und Vollbeschäftigung eröffnet worden. Als gesicherte Einsicht gilt: Vollbeschäftigung im Stil der 60er Jahre ist aufgrund von Rationalisierungsstrategien und der technologischen Entwicklung künftig undenkbar und aus ökologischen Gründen auch nicht wünschenswert. Das ist bitter in einer Zeit, wo in Deutschland an die 5 Mio Menschen erwerbslos gemeldet und allein in der EU mindestens 18 Mio Arbeit suchen. Vollbeschäftigung ist also kein Politikziel mehr. Bedrohliche Entwicklungen für die Sozialordnung und die Rechtssicherheit der Beschäftigten greifen um sich. Die sog. geringfügige Beschäftigung (ca. 4-5 Mio) und andere prekäre Arbeitsverhältnisse werden immer mehr zum Normalfall. Widmen sich Frauen der Frage nach der Zukunft der Arbeit, entstehen schnell eine Menge Begriffe und Kon-

zepte, die über die Auseinandersetzung mit Statistiken und Prognosen sowie die gebetsmühlenartige Wiederholung der neoliberalen Credosätze (zu hohe Löhne, zu viel staatliche Regulierung und soziale Hängematten, Globalisierung erfordert Flexiblität der Erwerbspersonen, Ende der Vollbeschäftigung) und die Beschwörung der neuen zivilgesellschaftlichen Tugendhaftigkeit weit hinausgreifen. Sichtbarmachung und Neubewertung von Hausarbeit, Wirtschaften (der Frauen) für das Leben, Ökofeminismus u.a. sind die Stichworte, die hier fallen.

Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit

Nicht zuletzt die Pekinger Weltfrauenkonferenz 1995 hat dazu beigetragen, daß Frauen selbstbewußt formulieren: Arbeit ist erheblich mehr als nur die bezahlte Erwerbsarbeit. Gerade die Menge der unbezahlten Arbeiten ist unverzichtbar für menschliches Leben. Frauen leisten gesamtgesellschaftlich gesehen ca. Zweidrittel der getanen Arbeiten. Aber: Frauen stellen auch den grösseren Teil der Erwerbslosen, fallen (nicht nur in Krisenzeiten) eher aus dem Markt heraus, müssen häufiger Jobs unterhalb ihrer Qualifikation annehmen, stellen die überwiegende Mehrheit der „geringfügig Beschäftigten" (d.h. derer, die ohne soziale Sicherung Lohnarbeit leisten) und sind einseitig damit belastet, Familie und Beruf „vereinbaren" zu müssen. Damit sind sie diejenigen, die in ihrer wirtschaftlichen Existenz größtenteils dreifach abhängig sind (vom Arbeitgeber, vom Ernährer-Ehemann oder von Vater Staat) und deutlich überrepräsentiert bei den Armen und sozial Ausgegrenzten.

Aus der Perspektive der Frauen fällt also sowohl ein kritisches Licht auf die ausschließliche Erwerbsorientierung in der Diskussion um Vollbeschäftigung und Verteilung gesellschaftlicher Reichtümer als auch auf die Debatte um die Überwindung der Krise und die Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme.

Für eine feministisch-ethische Diskussion kommt es darauf an, diese frauenperspektivischen Einsichten im Zusammenhang zu diskutieren. Die Verknüpfung beider Analysen wird aber nur weiterführen, wenn sie nicht so geschieht, daß erstere Debatte ausschließlich auf der symbolisch-ideologiekritischen Ebene verbleibt und dabei schlußfolgernd Frauen womöglich die größere Lebenskompetenz und Wertigkeit zuschreibt. Vermieden werden sollte, daß letztere ausschließlich geschlechterkritisch argumentiert und Frauen einseitig einen Opfer- oder Objektstatus zuschreibt, von dem aus gesellschaftlich relevante Gegenentwürfe und soziale Militanz nicht aufkommen können. Ein aus feministischer Sicht erweiterter Arbeitsbegriff einerseits und eine schonungslose empirisch-kritische Bestandsaufnahme andererseits müssen sinnvoll aufeinander bezogen werden.

Zum Sozialwort der beiden Großkirchen

Interessanterweise bietet das aus Sicht von Frauen wenig erfreuliche Sozialwort der beiden Großkirchen in seinem Titel „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit" eine sinnvolle Perspektive für die Frage nach der Zukunft der Arbeit an. Das Papier knüpft einerseits eindeutig an die sozialstaatlichen Traditionen der Nachkriegsordnung an und führt darin das Erbe katholischer Soziallehre und protestantischer Marktzähmungskonzepte (Dritter Weg) fort. Andererseits hebt es mit Solidarität und Gerechtigkeit auf biblische Zentralbegiffe ab, die sowohl Eigenschaften des Gottes Israels wie auch der Sozialordnung des Bundesvolkes bezeichnen. Das zentrale Kriterium ist das Leben der Benachteiligten und die Wiederherstellung der Lebenschancen der Armen, seien sie nun produktiv tätig oder hilfeabhängig. Damit aber werden permanent Sozialreformen eingefordert, die auf Solidarität und Gerechtigkeit zielen. Demgegenüber verstärkt das neoliberale Innovationsmodell die zentrifugalen Trends der Ausgrenzung.

Frauen können sich daher die Blickrichtung des Sozialwortes zu eigen machen, wenn sie die Diskussion um Arbeit politisch führen wollen.

Der Forderung nach voller Teilhabe aller erwerbsfähigen Personen an existenzsichernder Erwerbsarbeit kommt in der politischen Diskussion eine Schlüsselrolle zu. An dieser Stelle hapert es beim Sozialpapier aus feministischer Sicht gewaltig. Zu deutlich ist, daß die selbstverständliche Teilhabe von Frauen an Erwerbsarbeit außerhalb des Horizontes der Kirchenleute liegt. Die Gründe dafür sind ideologischer Natur: die festsitzende Vorstellung von der geschlechtlichen Arbeitsteilung einerseits und von der Ehe als normierender „christlicher" Lebensform andererseits.

„Arbeit teilen, schaffen, neugestalten"

Wie nun verschaffen Frauen der Forderung nach voller Teilhabe an existenzsichernder Erwerbsarbeit Nachdruck? Zwei Ansätze aus der politischen Ökonomie von Frauen möchte ich hervorheben:

(1) Das Frauenbeschäftigungsprogramm von Ulla Knapp und Marianne Weg stammt aus der politischen Praxis. Die beiden Autorinnen, eine Volkswirtin und eine Politikerin, knüpfen nicht von ungefähr an ein gewerkschaftliches Motto an: Arbeit teilen, schaffen, neugestalten. Und hält man das bündnisgrüne Wahlprogramm für 1998 daneben, so wird man ebenfalls Berührungspunkte feststellen. Kritische Kirchenfrauen müssen hier auf-

merksam für politische Kooperationsmöglichkeiten sein.
Die beiden Autorinnen setzen gegen Deregulierung der Märkte auf die bewußte politische Gestaltung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Damit entsteht ein Programm, das aktive Arbeitspolitik fördert, Strukturpolitik betreibt und auf eine flächendeckende Verbesserung der öffentlichen sozialen Infrastruktur abhebt. Sodann buchstabieren sie durch, auf welchen Handlungsebenen gleichstellungspolitische Forderungen durchgesetzt werden müssen und zeigen auf, wie die Berücksichtigung konkreter Frauenbedürfnisse in der Erwerbswelt die Sicht der Dinge verändert, wenn es etwa um Investitionsentscheidungen und Wirtschaftsförderung geht.
Sie beharren in Zeiten des Marktradikalismus darauf, politische Gestaltungsfähigkeit zurückzugewinnen, ohne die in den Menschenrechtskatalogen deklarierten humanistischen Utopien aufzugeben. Insofern handelt es sich bei diesem Ansatz um ein kontrafaktisches realutopisches Denken, d.h. sie orientieren sich am Reich der Notwendigkeit in Erinnerung an das Reich der Freiheit.

Orientierung am Reich der Freiheit

(2) Der sozialwissenschaftliche Ansatz von Ingrid Kurz-Scherf zielt auf eine konsequente Weiterentwicklung der Arbeitsgesellschaft aus feministischer Perspektive hin zum „guten Leben". Ausgehend von den Veränderungswünschen von Frauen an die Gestaltung von Erwerbsarbeit (Arbeitszeiten, Vereinbarkeit mit Familie) und von konkreten Bedürfnissen an Versorgung (der Pflege- und Erziehungsbedürftigen, mit Bildung und Berufsrückkehrchancen, an menschenwürdigen Rentenzahlungen) zeigt sie deren Relevanz für eine realistische Umgestaltung des festgefahrenen kapitalistischen Modells und des schwer angeschlagenen Sozialstaates auf. Die Versöhnung von Arbeit und Leben ist somit nicht nur Utopie, sondern schon Kriterium reformerischer Politik. Kurz-Scherf orientiert sich also am künftigen Reich der Freiheit um der Humanisierung des gegenwärtigen Reichs der Notwendigkeit willen.
Eine gesellschaftspolitische Schlüsselfrage bei der Suche nach der Zukunft der Arbeit ließe sich im Anschluß an diese Überlegungen so formulieren: Welches wären die Rahmenbedingungen, die Frauen und Männern materielle Sicherheit, Selbstverwirklichung und Annahme der Begrenztheiten und Schwächen alles Lebendigen vermittelt über „Arbeit" ermöglichen? Antworten werden sich nur finden lassen, wenn auch der Begriff der Arbeit jenseits der erwähnten politischen und ökonomischen konzeptionellen Erweiterungen selbst noch einmal kritisch befragt wird. Denn weder die völlige Durchökonomisierung der Lebenswelt mittels einer emanzipatorisch gedachten Sozial-, Gesundheits-, Kinder- und Altersversorung noch die völlige Ethisierung der notwendig zu leistenden Arbeiten durch Eintreten für einen ökologisch sinnvollen Lebensstil und die Rückbesinnung auf subsistenzwirtschaftliche Ansätze anderer Kulturen vermögen als Perspektive zu befriedigen, auch wenn sie jeweils kritische Potentiale in sich tragen.

Hannah Arendts Analyse der vita activa

Auf viele Feministinnen übt seit Jahren schon das Werk Hannah Arendts eine gewisse Fasziniation aus: Ihre Analyse der vita activa bietet einerseits eine Differenzierung menschlicher Tätigkeitsfelder. Sie setzt Arbeiten, Herstellen, Handeln voneinander ab und ordnet diese menschliche Tätigkeiten jeweils spezifischen Sphären des Lebens zu. Andererseits enthält sie eine pointierte Kritik der Arbeitsgesellschaft, um die wir uns heute – vierzig Jahre nach dem Erscheinen des Werkes – aus sozialen und ökologischen Gründen weiter sorgen.
Arendt setzt sich jedoch in erster Linie philosophisch-phänomenologisch mit dem Kapitalismus auseinander und analysiert ihn nicht in sozialer oder ökonomischer Hinsicht. Sie stellt die Frage nach den Bedingungen der menschlichen Handlungsfähigkeit, weil sie an der Möglichkeit des Politischen (angesichts des nicht überwundenen Totalitarismus) interessiert ist. In diesem Kontext kritisiert sie die Anwendung des Lebensbegriffs auf die ganze vita activa durch das neuzeitliche Denken (bis zu Marx und Nietzsche), da hiermit alles Handeln und Herstellen zur per se biologisch determinierten, privat verborgenen und somit unpolitischen Arbeit reduziert werde.

Kritische Fragen an eine (öko-)feministische Ethik

Aus Arendts Reflektionen über das menschliche Tätigsein ergeben sich auch Möglichkeiten zu kritischen Fragen an eine (öko-)feministische Ethik von Kirchenfrauen: Werden in ihrer pastoralen, theologischen und ethischen Praxis – in ganzheitlicher Absicht – die Ebenen menschlicher Tätigkeiten Arbeiten, Herstellen und Handeln zuweilen zu einem wirren

Knäuel vermischt, das Analysen der sozialen und politischen Realität erschwert? Führt die Orientierung am „Leben", das Frauen im Zusammenwirken mit Mutter Erde hervorbringen und die davon abgeleitete Beziehungsethik zu einer Überhöhung biologistischer Konzeptionen? Damit aber würde frau die geschlechterhierarische gesellschaftliche Arbeitsteilung unbewußt als Norm des Denkens weiterwirken lassen. Der materialistische Themenkomplex von Existenzsicherung, Erwerbsarbeit und Weltgestaltung würde dann den Anderen – sprich: den Männern – überlassen. Können Frauen sich es leisten, indem sie auf die Bezogenheit allen Lebens und ihr ganzheitliches (Da-)Sein verweisen, eine Ethik zu pflegen, die politisch abstinent ist?

Frauenrechte und sorgende Ethik

Konkret auf die Frage nach der Zukunft der Arbeit bezogen würde das dazu führen, die Fragen nach Massenerwerbslosigkeit und die Gewährleistung sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Menschenrechte in das Reich des ethisch Irrelevanten zu verweisen. Das hat es in starken Strömungen der neuzeitlichen Kirche zwar immer gegeben. Aber in so einer Kirche ist die Frage nach einer Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit auch kein Thema, während von ihr das Streben nach Gleichberechtigung von Frauen und Männern als Angriff auf die Schöpfungsordnung zurückgewiesen wird.

Paradoxerweise stammt der Begriff der Arbeitsgesellschaft und ihre Warnung vor deren Zukunftslosigkeit von H. Arendt. Ebenso hat sie aber mit ihrer Analyse der Einsicht den Weg geebnet, daß Arbeit immer genug da ist. Weder wird sie durch Herstellen und Handeln überflüssig, noch darf sie gefahrlos für das menschliche Miteinander und das Leben der Erde an deren Stelle treten. Was ansteht, ist eine überzeugende Verbindung zwischen ihren philosophischen Analysen, der feministischen Struktur- und Ideologiekritik und politischen Forderungen nach gleichberechtigter Teilhabe und Lebensgestaltung.

Auf diesem Weg läßt sich vielleicht eine feministisch-ethische Position erarbeiten, die nach zwei Seiten hin an Politikfähigkeit gewinnt: Frauengerechte Politik wäre einerseits die institutionelle Verankerung von Frauenrechten in einem machtkritischen gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozeß, und andererseits die aktive Entwicklung einer kooperativen, sorgenden Ethik verantwortlicher Subjekte, die sowohl solidarisch orientierte Verbindungen traditioneller sozialer Subjekte aufgreift als auch neue kollektive Subjekte zu fördern weiß und damit eine neuartige politische Macht hervorbringt.

Literatur

Arendt, Vita activa oder Vom tätigen Leben, München [6]1989.

Braun, Helga, Jung, Dörthe; Hg., Globale Gerechtigkeit? Feministische Debatte zur Krise des Sozialstaats, Hamburg 1997.

Feministische Plattform Wirtschaftsethik. Konsumboykott und Ökofeminismus, Weiberwirtschaft und Gleichstellungspolitik: Geburtshelferinnen einer lebenswerten Gesellschaft, Ev. Akademie Iserlohn, Tagungsprotokoll 6/1997.

Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Hannover/Bonn 1997.

Knapp, Ulla; Weg, Marianne, Arbeit teilen schaffen, neugestalten. Frauenbeschäftigungsprogramm, Pfaffenweiler 1995.

Kurz-Scherf, Vom guten Leben. Feministische Perspektiven diesseits und jenseits der Arbeitsgesellschaft, in: Wolfgang Belitz, Hg., Wege aus der Arbeitslosigkeit, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 181-206.

Kurz-Scherf, Ingrid, Wenn Arbeit entbehrlich wird. Zur „Krise der Arbeitsgesellschaft" im „Zeitalter der Globalisierung", in: WSI-Mitteilungen Sonderheft 1997, S. 41-56.

Otto-Peters, Louise, Das Recht der Frauen auf Erwerb. Wiederveröffentlichung der Erstausgabe aus dem Jahr 1866, Leipziger Universitätsverlag 1997.

Regenhard, Ulla; Maier, Friederike; Carl, Andrea-Hilla, Hg., Ökonomische Theorie und Geschlechterverhältnis. Der männliche Blick der Wirtschaftswissenschaft, fhw forschung 23/24, Berlin 1994.

Schritte ins Offene, H. 1/1997, Arbeit umverteilen? Umverteilen!

Wolf, Carola, Hg., Frauen und Marktwert. Krisen und Chancen weiblicher Erwerbsarbeit. Analysen, Erfahrungen, Konzepte, Berlin 1996.

Dr. Sabine Plonz, Studienleiterin an der Ev. Akademie Iserlohn und Ökumenereferentin im Kirchenkreis Unna. Schwerpunkte: Sozial- und Wirtschaftsethik, Nord-Süd-Themen, Lateinamerikanische Befreiungstheologie.
Wichtigste Veröffentlichung: Die herrenlosen Gewalten. Eine Relektüre Karl Barths in befreiungstheologischer Perspektive, Mainz 1995.